

3

PUTSCH IN VENEZUELA
International

6

DER 8. MÄRZ IST NUN EIN FEIERTAG
Frauen

8

“WOCHE DER DEMOKRATIE”
Thüringen

10

SCHÜLERSTREIKS FÜRS KLIMA
Berlin

12

DIE BRD, DIE EU UND DIE KRISE DES IMPERIALISMUS
BRD

14

ARBEITSMIGRANTEN AUF DEN STRASSEN
Hamburg

16

HIN UND HER STATT ARBEITSKAMPF
Bremen

18

BUSHIDO – STAATSFEIND NUMMER 1?
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit der letzten Ausgabe der RoPo hat sich auf der Welt vor allem gezeigt, dass die Imperialisten, die Supermächte und Mächte, sich in einem Zustand von andauernder Verschwörung und Zwist bewegen. Dabei hat vor allem die Zwist, also der Streit, zwischen den Imperialisten zugenommen. Sie kämpfen um eine Neuaufteilung der Welt, um eine Neuaufteilung der unterdrückten Länder – die Kolonien und Halbkolonien – die ihre Beute sind. Das bekannteste Beispiel zur Zeit ist Venezuela, dem wir uns auch in dieser Ausgabe widmen. Es geht nicht einfach nur um einen Putsch, sondern um den Kampf unterschiedlicher Lakaien der unterschiedlichen Imperialisten, die wie immer Chaos und Subversion verbreiten in den unterdrückten Ländern, um eine Marionette gegen eine andere auszutauschen. Vor allem die imperialistischen USA treten hier besonders aggressiv auf und sogar eine Militärintervention steht im Raum. Die Entwicklungen hier gehen so schnell, dass die Situation bei Erscheinen dieser Ausgabe wahrscheinlich schon viel weiter voran geschritten ist.

Die Imperialisten kämpfen miteinander um eine Neuaufteilung der Welt, das führt unweigerlich zum Kampf unter den Imperialisten. In diesem Klima fand auch die jährlich stattfindende „Sicherheitskonferenz“, einem Treffen der Imperialisten, in München statt, welche die Uneinigkeit der Imperialisten gezeigt hat. Was der deutsche Imperialismus in dieser Situation an unterschiedlicher Stelle ausdrückt ist, dass er gerne an dieser Neuaufteilung der Welt teilhaben will – oder wie er es nennt „internationale

Verantwortung übernehmen“. Doch er weiß auch, dass er noch nicht so weit ist wie er gerne möchte. Aber er arbeitet daran wieder eine Stellung als imperialistische Supermacht auf der Welt einzunehmen. Wir haben diesen Punkt in der Vergangenheit des öfteren aufgezeigt und widmen uns dieser Frage auch in dieser Ausgabe wieder. Mit dem Aachener Vertrag hat der deutsche Imperialismus wieder einmal einen Schritt gemacht seine Vormachtstellung in der Europäischen Union weiter auszubauen und als stärkste Macht innerhalb dieses Bündnisses der westeuropäischen Imperialisten, sich vor allem einen seiner stärksten Konkurrenten, den französischen Imperialismus, weiter unterzuordnen.

Der Kampf unter den Imperialisten führt zum einen zu mehr Elend und Leid für die Völker der Welt, aber zum anderen beschleunigt er auch den Untergang dieses verfaulten und reaktionären Systems. Für uns zählt den Befreiungskampf der Völker der Welt gegen alle Imperialisten zu unterstützen und als Teil und im Dienste der Weltrevolution die Revolution in der BRD entwickeln.

Eure RoPo - Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habnahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

YANKEE-IMPERIALISTEN BEREITEN PUTSCH IN VENEZUELA VOR

Seit 2015 steckt Venezuela in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise. Schon im Oktober 2016 kam es zu landesweiten Demonstrationen und einem Generalstreik. Die Gründe dafür sind vielfältig, aber haben alle ihre Ursache in dem verrottendem System des Imperialismus. Denn Venezuela ist zwar ein rohstoffreiches Land, denn es ist das Land mit den größten Erdölreserven. Doch davon hat das venezolanische Volk nicht besonders viel. Die Wirtschaft des Landes basierte schon lange hauptsächlich auf dem Erdöllexport. Im Jahr 2014 war das noch sehr gewinnbringend. Doch 2016 fiel der Preis drastisch. Seitdem verschlechtert sich die Versorgungslage im Land massiv. Elementare Dinge wie Essen, Trinken und Medikamente werden knapp und in den ländlichen Regionen wird immer wieder der Strom abgeschaltet und sogar das Trinkwasser wird rationiert. Hinzu kommt die Hyperinflation, die dafür sorgt, dass niemand weiß ob er für sein Geld noch irgendetwas kaufen kann. So verdoppelte sich zum Beispiel im Januar der Preis für ein Kilo Pfirsiche innerhalb nur einer Woche. Solche Entwicklungen führten in der Vergangenheit immer wieder zu massenhaften Plünderungen im ganzen Land, bei denen sich die Massen aus den Supermärkten nahmen was sie brauchten. Im folgenden Artikel wollen wir uns mit der gegenwärtigen Situation im Land näher beschäftigen, da sich die Dinge aber sehr schnell entwickeln, kann es sein, dass sich nach Redaktionsschluss die Lage bereits bedeutend verändert hat.

Die ökonomischen Probleme Venezuelas werden genau wie überall sonst auf der Welt auf die breiten Volksmassen abgewälzt. Und so sind es auch hier die einfachen Arbeiter und landlosen Bauern, die den Preis für die Krise zahlen müssen und angehalten werden den „Gürtel enger zu schnallen“. In den westlichen Medien wird es jetzt so dargestellt als gäbe es eine gute Alternative dazu, den „Oppositionsführer“ Juan Guaidó. Dieser ist Vorsitzender des venezolanischen Parlaments und will den amtierenden Präsidenten Nicolás Maduro aus dem Amt drängen. Die Abgeordneten des Parlaments beschuldigten den Staatschef der unrechtmäßigen Machtübernahme und erklärten alle künftigen Regierungsentscheidungen für nichtig. Doch weder Guaidó noch Maduro stehen

für das Volk. Maduro repräsentiert die Fraktion der Bourgeoisie, die Venezuela in Abhängigkeit zum russischen und chinesischen Imperialismus halten will. Guaidó hingegen hört auf die Herren aus Washington und will Venezuela zur Halbkolonie der Yankees machen.

Guaidó – Freund der Yankees

Dabei genießt er logischerweise breite Unterstützung durch die USA, aber auch durch die EU und die Lima-Gruppe, der 13 lateinamerikanischen Länder und Kanada angehören. Sie alle haben Juan Guaidó völkerrechtswidrig als Übergangspräsidenten anerkannt. Er selbst erklärte er sei bereit, die „Präsidentschaft vorübergehend zu übernehmen“ und Neuwahlen auszurufen, wenn er auf die „Unterstützung des Volkes, der Streitkräfte und der internationalen Gemeinschaft“ zählen könne. Um die Soldaten für einen Militärputsch auf seine Seite zu ziehen verabschiedete das Parlament ein Amnestiegesetz für alle Militärs, die ihn bei seinem Vorhaben unterstützen.



Guaidó kommt zwar scheinbar aus dem Nichts, ist aber kein Unbekannter. Der Ingenieur mit guten Verbindungen nach Washington studierte an der Katholischen Universität Andrés Bello, die bekannt ist für ihren Antikommunismus. Entsprechend springen ihm seine Freunde zur Seite. So sicherte auch der amerikanische Vizepräsident Mike Pence den Anhängern Guaidós vor den Kundgebungen die Unterstützung des Yankee-Imperialismus zu. Und auch der amerikanische Senator Marco Rubio warnte die venezolanischen Sicherheitskräfte vor einem harten Vorgehen gegen die Demonstranten. Wörtlich sagte er: „*Sie sind kurz davor, eine rote Linie zu überschreiten und eine Antwort zu provozieren, auf die Sie, glauben Sie mir, nicht vorbereitet sind.*“ Mit der Rückendeckung des US-Imperialismus und der EU

will Guaidó eine Übergangsregierung einsetzen. Doch was ihm fehlt ist die Unterstützung der Volksmassen und des Militärs in Venezuela.

Und das ist wichtig im Kopf zu haben, denn Im Moment ist die Lage kompliziert. Die Massen kämpfen gegen die sich selbst als sozialistisch bezeichnende Maduro-Regierung, die das Volk verraten hat und das ist gerechtfertigt. Aber die Proteste werden mittlerweile häufig von der so genannten „Opposition“ vereinnahmt oder ihr zugeschrieben. Trotzdem sind die zahlreichen Kämpfe mit hunderten Demonstranten ein klarer Ausdruck der großen Unzufriedenheit des venezolanischen Volkes mit der Herrschaft der Lakaien des Imperialismus über sie. Im Kampf dagegen zeigen die falschen Sozialisten erneut ihr wahres Gesicht. Vielerorts ging die Polizei mit großer Brutalität gegen die Demonstranten vor und setzte Tränengas und Gummigeschosse ein. Aber die Volksmassen stehen auch nicht hinter Guaidó.



Sie kämpfen weil die Lebensbedingungen für die breiten Volksmassen in Venezuela nicht auszuhalten sind und sie genug haben von Ausbeutung und Unterdrückung durch den bürokratisch-kapitalistischen, Großgrundbesitzer Staat. Aber das Volk will auch nicht, dass das Land zur Halbkolonie des Yankee-Imperialismus wird. Und das ist was Guaidó will. Auch wenn er öffentlich beteuert eine Militärintervention wäre „heikel“, hat er jetzt schon öffentlich seinen Segen dazu gegeben.

Sozialismus oder bürokratischer Kapitalismus?

Die Regierung Venezuelas nennt sich zwar sozialistisch, doch in der Realität ist Venezuela ein halbfeudales und halbkoloniales Land, welches in Abhängigkeit zum Imperialismus steht. In Venezuela wurde nie die bürgerliche Revolution durchgeführt. Stattdessen wurde das Land von den Imperialisten in ihrem Interesse geformt, der Feudalismus nie vollständig beseitigt und das Land wird in Abhängigkeit gehalten. Dieser Ausverkauf des Landes geschieht mit dem Segen und unter der Führung der „Vereinigten Sozialistischen Partei“. Diese nennt sich zwar sozialistisch hat aber in der Realität die Arbeiterklasse, das Volk und alle Prinzipien des Marxismus verraten. Entsprechend ist es völlig gerechtfertigt, dass sich der Kampf des venezolanischen Volkes nicht nur gegen die Einflussnahme aus dem Ausland sondern auch gegen die vaterlandsverkaufende, revisionistische Maduro-Regierung richtet. Der Mythos des Antiimperialismus, den die herrschenden Revisionisten in Venezuela aufbauen konnten liegt hauptsächlich daran, dass sie das Land nicht an den Hauptfeind der Völker, den Yankee-Imperialismus, verkaufen sondern sich bei anderen imperialistischen Mächten anbieten, die im Widerspruch zum Yankee-Imperialismus stehen. Entsprechend ist die momentane Regierung Venezuelas den USA ein Dorn im Auge.

Schon im Jahr 2017 witterten die Yankees eine Chance ihre vorherrschende Position in der Region weiter zu verstärken und das Vordringen des russischen und chinesischen Imperialismus zu bremsen. So fand der Oberkommandant des Südlichen Kommandos der Vereinigten Staaten, Admiral W. Tidd, in seinem Bericht für das US-Senatskomitee der Streitkräfte sehr klare Worte bezüglich der Vorzüge und möglichen Vorwände eines direkten militärischen Eingreifens in Venezuela:

„Venezuela wird in den kommenden Jahren auf Grund von weitreichender Lebensmittel- und Medikamentenknappheit, anhaltender politischer Unsicherheit und einer Verschlimmerung der Wirtschaftssituation signifikanter Instabilität entgegensehen. [...] Die Wachsende humanitäre Krise in Venezuela könnte letztendlich eine regionale Antwort erfordern. [...] Während des letzten Jahrzehnts haben China, Russland und Iran eine größere

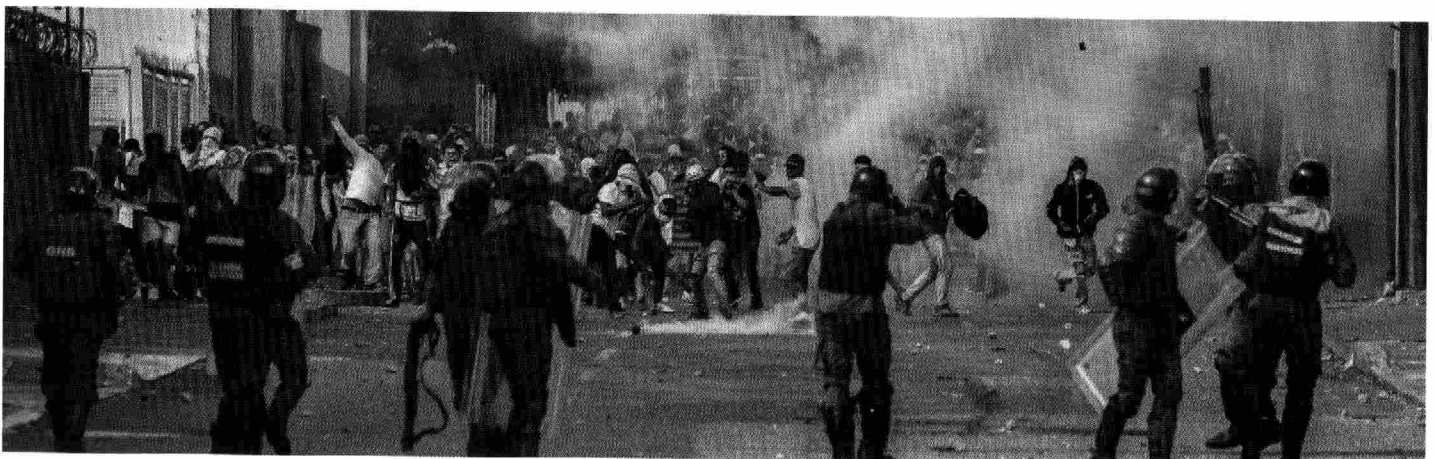
Präsenz in der Region etabliert. Diese globalen Akteure sehen die wirtschaftliche, politische und sicherheitsrelevante Arena Lateinamerika [sic!] als eine Möglichkeit ihre jeweiligen Langzeitziele zu erfüllen und ihre Interessen zu stärken, welchen inkompatibel mit den unsrigen und denen unserer Partner sein können."

Dies hat eine gewisse Tradition in Lateinamerika. Die USA haben Lateinamerika immer als ihren Hinterhof betrachtet, in dem sie tun und lassen können was ihnen beliebt. Und so organisierte der Yankee-Auslandsgeheimdienst CIA zahlreiche Putsch und Staatsstreiche vor Ort: 1953 organisierten sie einen Staatsstreich in Guatemala und stürzten den Präsidenten Britisch-Guayanas. Ab 1959 verübten sie immer wieder Attentate und Terroranschläge auf Kuba, inklusive verschiedener Versuche mit Bodentruppen auf der Insel zu landen. 1963 unterstützten sie einen Militärputsch in der Dominikanischen Republik. 1964 unterstützten sie die Militärdiktatur in Brasilien. 1973 organisierten einen Militärputsch gegen den demokratisch gewählten, Sozialdemokratischen Präsidenten Chiles. 1979 bewaffneten sie faschistische Söldner in Nicaragua. 1980 unterstützten und finanzierten sie reaktionäre Banden in El Salvador. 1983 starteten sie eine Militärinvasion auf Grenada und 1989 auf Panama. Das Ergebnis davon? Hunderttausende verschleppte, verschwundene, gefolterte und ermordete Menschen. Und natürlich Regimes, die gemäß den Interessen der USA handelten. Venezuela ist den USA schon lange ein Dorn im Auge und nun wittern sie ihre Chance zuzuschlagen. So sickerte aus US-Militärkreisen durch, dass die Stationierung von zwei Flugzeugträgern vor der Küste Venezuelas geplant ist. Zusätzlich zu dem weltumspannenden Netz an Militärbasen des Weltpolizisten und tausenden „Militärberatern“ und Soldaten in den angrenzenden Ländern.

Die Haltung der Antiimperialisten zur Situation in Venezuela

Würden sich „Opposition“ und „Regierung“ gegenseitig die Kehle zerfetzen in ihrem Kampf für die größeren Krümel, die die Imperialisten ihnen hinwerfen – es würde niemanden treffen, der es nicht verdient hätte. Doch, im Abwesenheit einer Kommunistischen Partei, die in der Lage ist diese Kämpfe gegen den bürokratischen Kapitalismus und imperialistische Intervention zu führen, hetzen beide Seiten die Massen gegeneinander auf und vergießen deren kostbares Blut für ihre niederen Interessen. Beide Seiten spielen den abgrundtiefen Hass der Massen, sowohl gegen den alten verrotteten venezolanischen Staat als auch gegen jede Form der imperialistischen Intervention gegeneinander aus. Daher schreit die Situation in Venezuela nach der Notwendigkeit der Aufgabe der Rekonstitution der Kommunistischen Partei in diesem Land! Die Massen wollen kämpfen und sind bereit ihr Leben zu geben. Erfüllen die Kommunisten ihre Pflicht nicht, mutig und entschlossen voran zu gehen, die tiefsten und breitesten Massen zu vereinen und, in Venezuela, im Kampf gegen Imperialismus, bürokratischen Kapitalismus und Halbfeudalismus zu führen, wird noch mehr kostbares Blut in diesem Kampf vergossen werden.

Auch wenn wir nicht an der Seite von Maduro und seiner revisionistischen Regierung stehen müssen wir in der jetzigen Situation klar haben, dass der Yankee-Imperialismus der Hauptfeind der Völker ist. Wir stehen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und an der Seite des venezolanischen Volkes gegen die ausländische Intervention und die Eingriffe in die internen Angelegenheiten Venezuelas. •



DER 8. MÄRZ IST NUN EIN FEIERTAG IN BERLIN

Ab diesem Jahr ist der 8. März, der internationale Frauenkampftag, in Berlin ein gesetzlicher Feiertag. Am 24. Januar wurde die Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes vom Berliner Abgeordneten Haus verabschiedet, das den 8. März ab sofort für Berliner zum freien Tag erklärt.

Eine Entscheidung, die auch die Meinung der Herrschenden spaltet. So richteten sich viele Teile der Opposition gegen den Antrag der rot-rot-grünen Koalition. Und auch im vorhinein schon gab es viel Diskussion darüber welcher der 365 Tage im Jahr zum neuen Feiertag der Berliner bestimmt werden sollte. Letzten Endes stimmten 87 der Abgeordneten für die Ernennung des 8. März zum Feiertag, 60 der Abgeordneten stellten sich dagegen.

Besonders die CDU, FDP und AFD sprachen sich dagegen aus. Dies ist wenig verwunderlich, wenn man sich das Bild und die Rolle der Frau, die diese Parteien mit aller Offenheit vermitteln genauer anschaut. Es ist ein Bild, welches der Frau die Rolle der Hausfrau und Mutter auferlegt. Ein Bild das ganz und gar nicht mit dem 8. März und der Forderung nach der Emanzipation der Frau übereinstimmt.

Doch trotz dessen darf man sich nicht von den Heucheleien in der Frage der Gleichberechtigung der Frau von allen anderen bürgerlichen Parteien beirren lassen. Denn egal ob SPD, Linkspartei, CDU oder AFD sie alle werden niemals im Interesse von uns oder der Frauenbewegung handeln. Denn die vollständige Befreiung der Frau ist in diesem System schlichtweg nicht möglich.

Aber nicht nur seitens der bürgerlichen Politiker gab es Kritik an der Gesetzesänderung. Auch die regionalen Unternehmensverbände richteten sich gegen den Antrag und sind ganz und gar nicht erfreut darüber, dass es nun einen weiteren Feiertag für Berliner gibt. Auch dies ist wenig verwunderlich, denn ein weiterer arbeitsfreier Tag bedeutet für sie Umsatzausfälle.

Ein dazu kommender Feiertag bedeutet für sie, einen Tag weniger an denen sie die Arbeiter für sich rackern lassen. Einen Tag weniger an dem der

Arbeiter für sie fremden Reichtum vermehrt. Einen Tag weniger an denen sie an der Arbeitskraft des Arbeiters schmarotzen können. Christian Amsnick, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, äußerte sich dazu und meint: „Berlin verzichte ohne Not auf 160 Millionen Euro Wirtschaftsleistung“. Auch in der Gastronomie und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) wird sich über den neuen Feiertag beschwert, denn durch die Feiertagszuschläge würden höhere Personalkosten auf sie zu kommen.

Neben den Gegenstimmen die laut wurden, gab es aber natürlich auch viele Stimmen die der Gesetzesänderung jubelnd entgegen traten. So hieß es in der bürgerlichen Presse, dass der neue Erlass besonders für die weiblichen Politiker ein großer Erfolg wäre und den Frauen der BRD Motivation geben würde. Derya Caglar, gleichstellungspolitische Sprecherin sagte die Gesetzesänderung wäre „ein ganz großes Zeichen, dafür dass wir auf dem Weg der Gleichstellung von Frau und Mann weiterkommen“.

Aber wie zum Teufel soll mit der Ernennung des 8. März zum bürgerlichen Feiertag, ein Schritt getan worden sein, das Patriarchat und die doppelte Unterdrückung der Frau zu stürzen? Das Patriarchat wird nicht einfach durch die Ernennung eines Feiertages verschwinden. Das Patriarchat ist eng verwurzelt mit dem Privateigentum und eine Stütze dieses verfaulten Systems. Die Herrschenden haben ein Interesse daran, dass es weiter existiert, denn nur so können sie die Frau in die Rolle der Hausfrau und Arbeiterin zwingen. Sie haben ein Interesse daran, dass proletarische Frauen weiterhin für die Reproduktionsarbeit verantwortlich gemacht werden und gleichzeitig Arbeiten müssen.

Kurzum, Frauen werden weiterhin unterdrückt und ausgebeutet und das ändert sich auch nicht mit der Ernennung des 8. März zum Feiertag in Berlin. Was am Ende des Tages damit erreicht werden soll, ist die wirklichen Ursachen der Unterdrückung der Frau und ihren Weg zur vollständigen Emanzipation, zu verschleiern. Die Gesetze der Herrschenden dienen letzten Endes immer dazu, dieses System, das hauptsächlich ihnen selbst dient, aufrecht zu erhalten. Ihr System aufrecht zu erhalten, dessen angeblicher

emanzipatorische Kampf und die Gleichberechtigung der Frau darin besteht sogenannte „Nein heißt Nein Gesetze“ zu verabschieden, die Frauenquote einzuführen oder auch den 8. März zum Feiertag zu machen.

Aber es ist immer dieselbe Lüge, die uns die Bourgeoisie aufdrängen will. Eine Lüge, die vermitteln soll, dass in diesem System eine Änderung der Lage der Frau durch bürgerliche Gesetze möglich sei. Oder dass man der Emanzipation der Frau durch einen gesetzlichen Feiertag näher kommt.

Es ist keineswegs bloß ein weiterer netter freier Tag, an dem man es sich zuhause gemütlich macht oder am Abend vorher einen saufen geht und einfach mal bis Nachmittags schläft. Aber genau dieser Eindruck soll nämlich nun durch die Ernennung des 8. März zum Feiertag vermittelt werden. Und auch in den bürgerlichen Medien wird dieser Gedanke reproduziert und der 8. März auf einen freien Tag und Zeit für Freizeitunternehmungen runter gebrochen. Der Berliner Kurier schreibt in seinem Artikel zur Einführung des 8. März zum Feiertag von einem Tag zum Pauken für die Schüler, einen Tag zum Shoppen in Brandenburg oder einen Abend für eine durchzechte Nacht in der Berliner Partyszene.

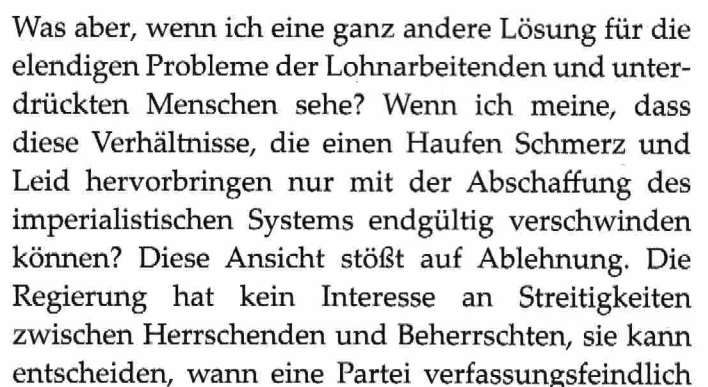
Was dadurch gemacht wird ist den revolutionären Charakter diesen Tages zu negieren und zu ihn zu einem weiteren inhaltslosen und freien Tag zu machen.

Aber genau das ist der 8. März nicht! Der 8. März ist ein Tag des Kampfes. Ein Tag des Kampfes, der für die internationale Frauenbewegung von großer Bedeutung ist. Heute genauso wie vor 107 Jahren, als er zum ersten mal auf der 2. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz ausgerufen wurde. Es ist ein Tag, an dem Frauen heute und seit 1911 weltweit ihre Stimme erheben und gegen das Patriarchat und ihre doppelte Unterdrückung kämpfen. Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Denn so wie die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein können, kann die Befreiung der Frau auch nur das Werk der Frau selbst sein.

Zum 8. März finden jährlich Demonstrationen in der ganzen Bundesrepublik statt. Es ist wichtig all unsere Wut und Zorn auf die Straßen zu tragen. Wir Frauen werden doppelt unterdrückt und so haben wir auch doppelten Grund zu kämpfen. Geht auf die Straße und lasst die Herrschenden wissen, dass wir uns nicht damit abfinden.

Haltet euch auf demvolkedienen.org auf dem laufenden darüber, wann und wo Demonstrationen statt finden. •





ist und verboten werden soll. Also: Mitmischen ja, in einem ganz beschränkten Rahmen, aber die Demokratie anzweifeln? Bloß nicht.

Ein großer Teil der Veranstaltungen in dieser Woche findet in der Innenstadt im Kulturzentrum Mon Ami statt. In die Arbeiterviertel Weimar West und Weimar Nord trauen sich die bürgerlichen Demokratieidealist*innen scheinbar nicht, da sie vermutlich ganz genau wissen, dass sie dort die größte Kritik an ihren Programmpunkten ernten würden. Denn die Menschen, die dort leben sind diejenigen, die am wenigsten vom imperialistischen System und seiner demokratischen Maske profitieren. Trotz allem sind natürlich auch diese Bürger eingeladen, sich den Weg in die von der Polizei nahezu militärisch abgeriegelte Innenstadt zu bahnen. Sind sie dort ein Mal angelangt, erwarten sie neben Poetry Slams, Tanz- und Bewegungstrainings, Theaterstücken und anderen, kulturellen Programmpunkten zum Beispiel ein Gesprächscafé mit Nachkommen von SPD Spitzenpolitikern der damaligen Zeit, welche unter Anderem auch für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verantwortlich waren. Auch mit einer der heutigen „Größen“ der deutschen Sozialdemokratie, Kevin Kühnert, ist

ein reger Austausch bei einer Podiumsdiskussion möglich.

All das soll das Vertrauen der Menschen in die Demokratie diesen Februar in Weimar stärken. Gleichzeitig müssen sie sich hinter bewaffneten Bereitschaftspolizisten und Sperrgebieten verstecken. Scheint ja doch nicht so rund zu laufen, ihre Vorstellung vom „demokratischen Miteinander“.

Ausbeutung und Elend abwählen klappt wie man sieht nicht. Wir wissen, die Ergebnisse der Wahlen der Bourgeoisie werden immer nur zum Vorteil der Bonzen sein. Wer wirklich etwas ändern will, sollte dieses System mitsamt seiner Wurzeln kritisieren und sich gegen diese Verhältnisse organisieren, auch wenn der Staat das nicht sehen will. Kämpft und wehrt euch gegen all die falschen Versprechen, die sie uns auftischen damit wir schweigen! Denn die Interessen unserer Klasse können erst dann durchgesetzt werden, wenn wir uns abseits von Wahlurnen erheben und ihnen zeigen, dass wir zu mehr imstande sind. Nämlich dann, wenn wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen und bereit sind für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen! •



Deutsches Nationaltheater mit Fassadenprojektion zum Auftakt der „Woche der Demokratie“

WÖCHENTLICHE SCHÜLERSTREIKS FÜRS KLIMA

Am 20. August 2018 begann die damals 15-Jährige Schwedin Greta Thunberg für das Klima zu streiken anstatt zur Schule zu gehen. Inzwischen ist sie damit zur Inspiration für eine Menge Schüler und Studenten in vielen Ländern geworden, die wöchentlich zu Schulstreiks und Demonstrationen aufrufen, um gegen die Zerstörung unseres Planeten durch den Imperialismus zu kämpfen. In Deutschland wird in mindestens 50 Städten gestreikt und in Berlin gab es am 25. Januar einen Zentralstreik, an dem sich mehr als 10.000 Schüler, Auszubildende und Studenten zusammenfanden.



„Schulstreik fürs Klima“

Der erste Schulstreik von Greta dauerte drei Wochen, anschließend begann sie jeden Freitag zu streiken, was sich nun unter dem Motto „Fridays for future“ verbreitete. Die UN-Klimakonferenz wurde auf Greta aufmerksam und hat sie dazu eingeladen um eine Rede zu halten. Sie denunzierte die Delegierten dafür, dass sie in keiner Form die Probleme lösen. Am Ende ihrer Rede sagt sie: *„Solange ihr euch nicht darauf konzentriert zu tun was nötig ist, sondern was politisch unmöglich ist, gibt es keine Hoffnung [...] Und wenn es innerhalb des Systems so unmöglich ist eine Lösung zu finden, sollten wir vielleicht das System selbst ändern. Wir sind nicht hergekommen um bei den Herrschenden der Welt zu betteln. Ihr habt uns früher ignoriert und werdet uns auch wieder ignorieren. Uns gehen die Ausreden und die Zeit aus. Wir sind hergekommen um euch wissen zu lassen das Veränderung kommt, ob ihr es wollt oder nicht. Die wahre Macht gehört dem Volke. Danke“*. Das fasste sie danach wie folgt zusammen: *„Meine Erfahrung bei der Klimakonferenz in Kattowitz war, dass dort sehr viel*

geredet wurde, aber nichts getan.“ und schloss daraus: *„Wir müssen die Mächtigen unter Druck setzen, denn wenn wir das nicht tun, können sie das Problem einfach weiter ignorieren.“*

Es gibt Kampagnen von einigen bürgerlichen Parteien und Medien diese Bewegung und ihre inoffizielle Führung – Greta - zu denunzieren. Von Vorwürfen von Wahnsinn, über Ferngesteuertheit, bis hin zu Apolitismus mit dem Vorschieben der Streiks um die Schule zu schwänzen. Die ersten Punkte richten sich meistens gegen Greta selbst. Sie hat Asperger, was genutzt wird um ihre Worte zu überhören und zu versuchen sie zu delegitimieren, aber ihr Asperger hat nichts mit ihrer Urteilsfähigkeit zu tun. Der letzte Punkt dominiert hierbei die öffentliche Debatte in Deutschland. Würden die Schüler aber außerhalb der Schulzeit demonstrieren, würden davon nicht mal ein Bruchteil der Medien berichten. Dadurch erst sieht man, dass es ernst gemeint ist, denn die Schüler sagen damit: *„Wir können nicht für die Zukunft lernen, wenn wir keine haben“*. Außerdem gibt es spaßigere Dinge, die man an geschwänzten Tagen tun könnte als in der Kälte für etwas zu demonstrieren, an das man in Wirklichkeit gar nicht glaubt.

Doch ist der Grund für den die Schüler streiken richtig? Ja, das ist er. Wenn die Imperialisten unseren Planeten zerstören, uns ausbeuten und unterdrücken, dann ist dies klar. Die Natur ist unsere Lebensbasis und der Mensch ist in vielen Formen auf sie angewiesen. Es schadet vor allem auch uns, wenn die Böden und Flüsse vergiftet werden, wenn Treibhausgase dafür sorgen, dass Klimakatastrophen häufiger und schwerwiegender werden oder der Klimawandel dafür sorgt, dass die Meeresspiegel steigen und weite Bereiche der Erde unbewohnbar werden. Dieses Problem ist international. Es betrifft, wie viele andere Probleme, auch die unterdrückten Nationen noch mehr als uns in den imperialistischen Ländern. So kämpfen die Genossen in diesen Ländern auch oft konkret gegen z.B. die Abholzung ihrer Wälder, den Raub von Bodenschätzen und das vergiften ihrer Böden und Flüsse durch Agrar-, Bergbau- und ähnlichen -fabriken.

Der Grund warum Firmen auf der ganzen Welt ihren Profit über alles andere stellen und dabei unseren Planeten zerstören ist ihr grundlegendes Profitinteresse. Ist es billiger oder profitabler die Luft und den Boden zu vergiften, großflächig Wälder abzuholzen und allgemein der Umwelt zu schaden, statt sie zu schützen, dann werden sie das tun. In einem Wirtschaftssystem, das dem Kapital dient, nicht dem Volk, ist das auch nicht verwunderlich. So ist der Imperialismus die Grundlage der Zerstörung unserer Umwelt und so auch der grundlegende Feind im Kampf gegen sie.

Es ist zwar legitim konkrete Forderungen auch an den Staat aufzustellen, aber wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass er sie erfüllt. Die Durchsetzung dieser Forderungen wird gegen den Staat erkämpft werden, inklusive Kampfformen wie den bereits regelmäßigen Schulstreiks und weiteren. Wir sind jedoch nicht Kommunisten um gegen den Klimawandel zu kämpfen, sondern kämpfen gegen den Klimawandel, weil wir Kommunisten sind. Dabei kämpfen wir aber nicht nur gegen die konkret auftretenden Probleme, sondern gegen ihre Wurzel, den Imperialismus. Wenn wir diese Wurzel nicht ausreißen und vernichten werden wir das Problem nicht lösen können. Entsprechend ist es nur eine utopische Illusion zu glauben ein Anpassen des eigenen Konsums könnte uns retten. Abgesehen von den offensichtlichen Problemen, dass die Arbeiter sich im allgemeinen nicht von Bioprodukten ernähren können, da sie zu teuer sind und dass die Bioherstellung meist weder überprüft wird noch

maßgeblich besser für den Planeten ist, gibt es ein weiteres zentrales Problem hierbei: Wir sind nicht diejenigen, die entscheiden wie produziert wird. Das sind die Imperialisten!

Der Imperialismus beutet weltweit Menschen aus und unterdrückt sie. Er zerstört ihre Lebensgrundlage auf viele Arten. Er zwingt Menschen in schlechte Jobs und sorgt gleichzeitig dafür, dass sie von diesen ihre Familien nicht richtig ernähren können, er zahlt Arbeitsunfähigen wie Rentnern Unterstützungen, die so gering sind, dass davon kein Mensch leben kann und zunehmend sorgt er auch dafür, dass die Lebensgrundlage der gesamten Menschheit, der Planet Erde, immer unbewohnbarer wird. Sei es durch massive Abholzungen von Wäldern, unsachgemäßen aber billigen Entsorgung von Giftstoffen, all ihren Militäreinsätzen, oder einfach durch Ausstoßen von Treibhausgasen. Nun da es in vielen Ländern erneut vermehrt Proteste gegen diese Form der Verbreitung des Elends gibt, versuchen sie die Beteiligten zu denunzieren, als geisteskrank, als faul und als uninformatiert und fremdgesteuert. Doch wir sind nichts davon. Es ist richtig gegen den Imperialismus auf die Straße zu gehen und es ist richtig dafür zu streiken, anstatt zur Schule zu gehen. Was die Schüler dabei lernen ist mehr und wichtiger als die Lehrkräfte ihnen in den paar nicht ausfallenden Stunden in den überfüllten Klassenzimmern beibringen würden. Sie lernen sich zusammenzuschließen, gemeinsam zu kämpfen und ihre Stärke zu erkennen. •



DEUTSCHLAND, DIE EU UND DIE KRISE DES IMPERIALISMUS

Nicht erst angesichts der kommenden Europaparlamentswahl wird die EU von allen Seiten in den höchsten Tönen gelobt. Die wunderbare Märchengeschichte der EU wird überall erzählt, in der Schule, den Medien oder den Sonntagsreden von Politikern. Die EU wäre ein Projekt der Völkerverständigung und des Friedens. Eine prima Sache, damit man ohne Grenzkontrolle in den Urlaub nach Schweden fahren oder in Italien ein Eis essen kann. Und auch von angeblich linken Gruppen und Gewerkschaften wird die EU immer wieder als „Europäische Familie“ beschrieben und für seine angeblichen Erfolge gefeiert. Schließlich stehen die Faschisten gegen Europa und wollen zurück zum Nationalstaat. Doch dass reaktionäre Kräfte wie die AfD gegen die EU stehen, bedeutet nicht dass wir die EU begrüßen müssten oder ihren wirklichen Charakter verleugnen sollten.

Denn die EU ist ein Projekt der westeuropäischen Imperialisten, insbesondere des deutschen Imperialismus, um seine Interessen auf Weltebene besser durchsetzen zu können. Und die Faschisten lügen wenn sie behaupten Deutschland müsse sich dem „EU-Diktat“ unterwerfen. Die Realität ist nämlich, dass Deutschland die EU ökonomisch und politisch dominiert. Deutschland hat mit der EU ein Mittel gefunden um konkurrenzfähig zum US-Imperialismus zu werden und die Völker der Welt besser ausbeuten und unterdrücken zu können. Das alles mit dem Ziel eine imperialistische Supermacht zu werden. Durch die EU bestimmt Deutschland die Gesetze abhängiger Länder wie Griechenland oder Spanien und setzte dort so genannte „Technokraten“ ein, die entscheidend das Regierungsgeschäft bestimmen. Durch die EU wurde eine „gemeinsame Europäische Verteidigung“ geschaffen um nicht mehr ausschließlich auf die von den USA dominierte NATO angewiesen zu sein. Mithilfe der EU ist Deutschland entscheidend an der Ausplünderung der unterdrückten Nationen beteiligt. Schluss also mit dem Märchen von der armen deutschen Nation, die von den Mächtigen aus Brüssel buckeln muss. Die EU ist ein Projekt unter maßgeblicher Führung des deutschen Imperialismus.

Der Aachener Vertrag

Das dem wirklich so ist, zeigt sich noch einmal nachdrücklich an dem Aachener Vertrag, der kürzlich von Angela Merkel und Emmanuel Macron beschlossen wurde. Der Vertrag umfasst 28 Artikel, offiziell die „deutsch-französische Zusammenarbeit“ betreffend. Er soll den seit 56 Jahren bestehenden „deutsch-französischen Freundschaftsvertrag“ ergänzen. Der Vertrag gliedert sich in sechs übergeordnete Punkte auf, die so wohlklingende Namen tragen wie: „Nachhaltige Entwicklung, Klima, Umwelt und wirtschaftliche Angelegenheiten“. Auf den konkreten Inhalt einiger der Artikel wollen wir hier kurz genauer eingehen.

Die ersten beiden Artikel liefern die Grundlage für eine noch engere Zusammenarbeit beider Staaten. So verpflichten sich Deutschland und Frankreich darauf in Zukunft ihre Außen- und Sicherheitspolitik stärker gemeinsam zu koordinieren und eine gemeinsame Europapolitik zu entwickeln. Dies beinhaltet auch regelmäßige Treffen welche im weiteren Verlauf des Vertrags noch konkretisiert werden. Besonders interessant sind allerdings die Artikel 3 bis 8 welche in den bürgerlichen Medien bisher kaum Beachtung finden. Diese befassen sich mit der militärischen Aufrüstung beider Staaten und wie sie die EU damit verbinden können. Im Wortlaut heißt es im Vertrag: „Sie entwickeln Europas Leistungsfähigkeit, Kohärenz und Glaubwürdigkeit im militärischen Bereich weiter. Hierdurch verpflichten sie sich, die Handlungsfähigkeit Europas zu stärken und gemeinsam zu investieren, um Lücken bei europäischen Fähigkeiten zu schließen und damit die Europäische Union und die Nordatlantische Allianz zu stärken.“ und weiter „Beide Staaten verpflichten sich, die Zusammenarbeit zwischen ihren Streitkräften [...] weiter zu verstärken. Sie intensivieren die Erarbeitung gemeinsamer Verteidigungsprogramme und deren Ausweitung auf Partner.[...] Beide Staaten werden bei gemeinsamen Projekten einen gemeinsamen Ansatz für Rüstungsexporte entwickeln“ Diese andauernd steigende Militarisierung wird in verschiedenen Artikeln weiter konkretisiert. Natürlich finden sie diverse, harmlos klingende Formulierungen für ihre weiteren Vorhaben. Aber diese können nicht über den reaktionären Charakter dieses Vertrags hinwegtäuschen.

Weiter geht es im Bereich der inneren Sicherheit. Dort wollen beide Staaten ihre „bilaterale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus [...] sowie im Bereich der Justiz, der Nachrichtendienste und der Polizei“ ausbauen. Was das bedeutet haben die europaweiten Fahndungen nach den gerechtfertigten Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg gezeigt. Noch mehr Überwachung und Unterdrückung der Massen. Das ist was sie innere Sicherheit nennen, die Sicherheit für die herrschende Klasse. Zusätzlich findet auch die Ausplünderung der unterdrückten Nationen, insbesondere des afrikanischen Kontinents Platz. So soll eine „gemeinsame Einheit für Stabilisierungsoperationen in Drittstaaten“ eingerichtet werden. Dass diese „Stabilisierungsoperationen“ nichts anderes sind als militärische Interventionen unter dem Deckmantel von allerlei humanitärem Geschwafel haben die unzähligen Kriegsschauplätze der letzten Jahre wie in Mali, Afghanistan oder dem Irak gezeigt.

Im weiteren Verlauf halten sie ihre Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten noch einmal explizit fest: „Beide Staaten setzen sich dafür ein, eine immer engere Partnerschaft zwischen Europa und Afrika zu errichten, indem sie ihre Zusammenarbeit [...] mit dem Ziel stärken, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, Nachhaltigkeit, gute Regierungsführung sowie Krisenprävention, Konfliktbewältigung, auch durch friedenserhaltende Maßnahmen, und Konfliktnachsorge zu verbessern.“. Das zeigt auch, dass es die Imperialisten sind die bestimmen was „gute Regierungsführung“ heißt und sie es sind, die sich aufspielen auf dem afrikanischen Kontinent „Konflikte zu lösen“. Der Rest des Vertrages befasst sich mit der Durchsetzung deutscher Interessen innerhalb der EU und die Zusicherung der Unterstützung Frankreichs in dieser Frage. So soll es die „Priorität der deutsch - französischen Diplomatie.“ werden Deutschland als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufzunehmen. Mit diesem Vertrag baut der deutsche Imperialismus seine Vormachtstellung innerhalb der EU weiter aus und verbessert seine Stellung in der Konkurrenz zwischen den Imperialisten. Aber das ist für die proletarischen Revolutionäre kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken.

Die Krise des Imperialismus

Denn auch wenn Deutschland die EU dominiert, sieht die Zukunft für den deutschen Imperialismus nicht rosig aus. Verschiedene Punkte davon sprach Merkel auch beim 49. Weltwirtschaftsforum in Davos an. Zum einen ist da die Konkurrenz unter den Imperialisten, im besonderen die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen Deutschland und den USA. Da sind die immer wiederkehrenden Krisen. Und Merkel führt selbst aus, dass ihnen die „Krise noch heute in den Knochen steckt.“ und weiter „Sie hat unglaublich viel Vertrauen gekostet– in der Politik, aber auch im Bereich der Wirtschaft, insbesondere im Finanzsektor. [...] Deshalb muss alles getan werden, um eine Wiederholung der Krise zu verhindern. Wenn wir uns die Zinspolitik der großen Notenbanken anschauen, dann wissen wir, dass wir letztendlich immer noch an dieser Krise knabbern, dass wir immer noch nicht heraus sind“ Und das ist eine Sache die sie aufgrund des Wesens des imperialistischen Systems, aufgrund der Anarchie des Marktes, nicht kontrollieren können.

Aber nicht nur die zyklischen Krisen gehören untrennbar zu diesem System dazu. Denn mit dem Auftauchenderkapitalistischen Gesellschaftsordnung hat die Kapitalistenklasse auch gleichzeitig ihren Totengräber, die Arbeiterklasse hervorgebracht. Die letzte Klasse der Geschichte mit der historischen Mission Ausbeutung und Unterdrückung ein für alle mal zu beenden. Innerhalb dieses Systems ist es nicht möglich die vielfältigen Widersprüche zu lösen und es bietet keine Perspektive für die übergroße Mehrheit der Menschen. Der Kapitalismus ist in seinem letzten Stadium angekommen, dem Imperialismus. Und Imperialismus ist sterbender, faulender Kapitalismus. Auch wenn die Ausbeuter immer vom „Ende der Geschichte“ und der Überlegenheit dieses Systems schwatzen. Ihre Zeit als herrschende Klasse ist begrenzt und wird beendet werden, so ist der Gang der Geschichte. Um es mit den Worten des Vorsitzenden Mao zu sagen:

„Das sozialistische System wird letzten Endes an die Stelle des kapitalistischen Systems treten; das ist ein vom Willen der Menschen unabhängiges objektives Gesetz. Welche Versuche auch immer die Reaktionäre unternehmen mögen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, es wird dennoch früher oder später die Revolution ausbrechen, die dann unvermeidlich den Sieg davontragen wird.“ •

WIE ARBEITSMIGRANTEN AUF HAMBURGS STRASSEN LANDEN

Neue Befragung zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit

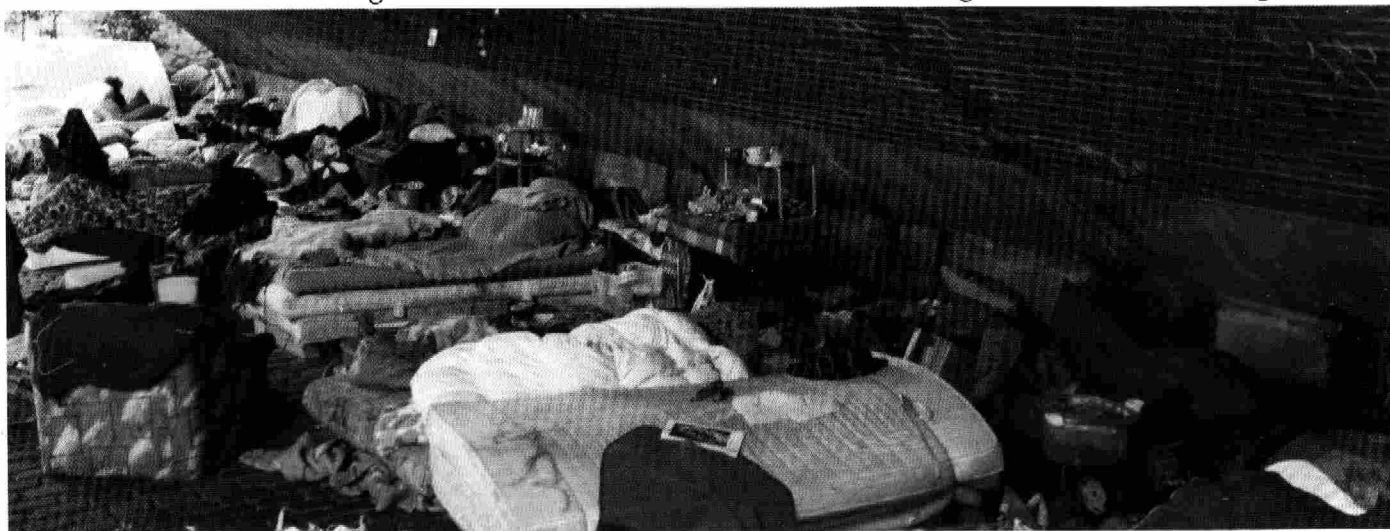
Seit 2009 wurde in Hamburg keine Wohnungslosen-Befragung mehr durchgeführt. Damit lag seit 2009 keine Schätzung mehr vor, wie viele Menschen in Hamburg auf der Straße leben. Erst im Frühjahr 2018 wurde eine solche Befragung erneut in Auftrag gegeben. Die Hamburger Sozialbehörde hat die Ergebnisse dieser Wohnungslosen-Befragung aus dem Frühjahr 2018 vor kurzem veröffentlicht. Ein schockierendes Ergebnis: Seit 2009 hat sich die Zahl der Wohnungslosen in Hamburg auf mindestens 2000 Menschen verdoppelt. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass diese Zahlen beschönigt sind. Zum einen handelt es sich um eine freiwillige Befragung und keine Zählung der Wohnungslosen. Wer abgelehnt hat an dieser Befragung teilzunehmen, taucht in den Zahlen gar nicht auf. Zum anderen sind bei der Befragung viele Fehler passiert: zeitweise waren nicht genug Fragebögen vorhanden, außerdem wurden sie nicht in andere Sprachen übersetzt. Deshalb ist davon auszugehen, dass nicht ansatzweise alle Obdachlosen erfasst wurden. Die Zahl der Obdachlosen in Hamburg ist damit vermutlich sogar eher auf 2500 bis 3000 Menschen zu schätzen.

Diese Zahlen aus Hamburg passen zum restlichen Teil der BRD. Aus den letzten Armutsberichten ist mehr als deutlich geworden, wie stark die Zahl der Wohnungslosen in der BRD in den letzten Jahren angestiegen ist. Grund hierfür sind vor allem die zunehmende Armut und die Abnahme an bezahlbaren Wohnungen in den Großstädten, sowie der mangelnde Wille der Politik etwas an den steigenden Mieten und Wohnraumangel zu unternehmen.

Neben der Verdopplung der befragten Obdachlosen in Hamburg kursiert im Moment hauptsächlich ein weiterer Aspekt in den Medien. Bei der letzten Befragung 2009 war der Großteil der Obdachlosen mit 70,7 Prozent deutscher Staatsangehörigkeit. Die Befragung 2018 hat ergeben, dass 60,9 Prozent und damit der Großteil der Obdachlosen keinen deutschen Pass haben. Gerne wird in der bürgerlichen Presse zitiert, dass insgesamt 62 Prozent der nicht-deutschen Obdachlosen aus Osteuropa kommen, hauptsächlich aus Ländern wie Polen, Bulgarien und Rumänien.

Um die Obdachlosigkeit in Hamburg zu verstehen, muss man sich die Arbeitsmigration in Hamburg – insbesondere die Ausbeutung osteuropäischer ArbeiterunterdenmiesestenBedingungen–angucken. Wenn man wissen möchte, woher die obdachlosen Arbeitsmigranten kommen, muss man nur nach Wilhelmsburg oder auf die Veddel in den Süden von Hamburg fahren. Dort an einer Straße direkt neben der S-Bahn liegt der sogenannte „Arbeiterstrich“. Tagtäglich lassen sich dort frühmorgens Arbeiter einsammeln, um den ganzen Tag für einen Billiglohn auf Bau und Montage, im Hafen, auf dem Feld bei der Ernte, in Schlachthöfen, in der Gastro, in Lagern oder bei Gebäudereinigungsfirmen zu schuften. Einen Arbeitsvertrag haben sie nicht. Pro Stunde bekommen sie in etwa 5-10 Euro, manchmal wird der Lohn aber auch einfach ganz einbehalten oder es wird zu wenig ausgezahlt.

Wenn sie ihre Arbeit verlieren, haben sie nach Gesetz keinen Anspruch auf irgendwelche Hilfen oder Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld oder



eine Unterbringung. Denn um in der BRD Hilfen in Anspruch nehmen zu dürfen, muss man als EU-Bürger nachweisen, dass man mindestens zwei Jahre in einem sozialversicherungspflichtigen Verhältnis gearbeitet hat. Diese Arbeitsmigranten arbeiten aber illegal. Somit haben sie keine Möglichkeit dies nachzuweisen. Ihr Arbeitsverhältnis ist also hochriskant für sie. Sie haben keinerlei Absicherung. Ein Krankheitsfall ist ein großes Risiko: wenn sie sich krank melden, verlieren sie ihre Arbeit. Und sie können keinen Arzt, kein Krankenhaus aufsuchen, weil sie nicht krankenversichert sind und die Behandlungskosten unbezahlbar sind.

Wer illegal arbeitet, hat auf dem legalen Wohnungsmarkt keine Chance. Stattdessen müssen sich die Arbeitsmigranten zu übersteuerten Preisen eine zwielichtige Unterkunft suchen. Im Süden Hamburgs gibt es Dutzende solcher Häuser. Über Untervermieter leben die Menschen teilweise zu viert auf zwölf Quadratmetern. Wenn die Arbeitsmigranten ihre Arbeit verlieren, verlieren sie auch ihre Wohnung. So kann ein einziger Krankheitsfall schnell zum Verlust der Arbeit und Wohnung und damit zur Obdachlosigkeit führen.

Die Hamburger Politik feiert die neuen hohen Zahlen der Obdachlosigkeit in Hamburg als Erfolg: **„Der Rückgang bei der Zahl der deutschen Obdachlosen zeigt: Unsere jahrelange Präventionsarbeit und die vielen unternommenen Anstrengungen greifen“**, so die Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD). *„In den vergangenen Jahren sind allerdings auch viele Menschen, großenteils aus Osteuropa, nach Hamburg gekommen, deren Suche nach einer gesicherten Lebensperspektive erfolglos blieb.“*

Was die Sozialsenatorin zu diesen Menschen nicht erwähnt ist, dass sich die Hamburger Politik keinen Deut um diese Arbeitsmigranten schert. Die Stadt verweist auf die bestehenden Hilfsangebote, die allen Hilfebedürftigen offen stehe. Was sie aber damit meint ist, dass die bestehenden Hilfeangebote wie Notunterkünfte und Übernachtungsplätze nur deutschen Hilfebedürftigen offensteht. Wer keinen deutschen Pass hat, kommt nicht rein. Hamburg ist einst berühmt geworden für seine „Winternotprogramme“ für Obdachlose. Um Erfrierungstote zu vermeiden, wurden Übernachtungsstätten zwischen November bis April eingerichtet. Die Winternotprogramme

werben damit, dass man sie anonym nutzen kann. Sie werben: *„Alle Menschen werden aufgenommen, niemand wird abgewiesen.“* Das ist aber gelogen. In den letzten Jahren ist vermehrt von Passkontrollen bei der Bitte nach einem Bett für die Nacht berichtet wurden. Viele Menschen mit rumänischen oder bulgarischen Pass werden wieder weggeschickt.

Diese zutiefst sozialchauvinistische Praxis begründen die Sozialbehörden der Stadt Hamburg damit, dass diese Menschen ohne deutschen Pass „freiwillig“ obdachlos seien. Schließlich stehe ihnen offen, in ihre Heimatländer zurückzukehren. So verkündete der Behördensprecher Marcel Schweitzer gegenüber dem NDR, dass „freiwillig“ Obdachlose das Winternotprogramm nicht mehr nutzen dürfen, das habe die Hamburger Sozialbehörde entschieden. Stattdessen könnten wohnungslose Arbeitsmigranten mit einer Wärmestube vorlieb nehmen, die man extra für sie eingerichtet habe. Dort könnten sie auf Stühlen die Nacht verbringen. Vereinzelt wurde uns davon berichtet, dass Obdachlose, die dort auf den Stühlen eingeschlafen sind, geweckt worden.

Der sozialchauvinistische Umgang der Stadt Hamburg mit Wohnungslosen ist besonders widerwärtig. In diesem Winter sind bis jetzt vier wohnungslose Menschen auf Hamburgs Straßen erfroren. Zunehmende Obdachlosigkeit ist aber eine Problematik, die weit über Hamburg hinausgeht. Steigende Armut, prekäre Beschäftigung, steigende Mieten, ein großer Mangel an bezahlbaren Wohnungen und eines sich dadurch drastisch verschärfende Wohnungsnot sind die Ursachen dafür, dass immer mehr Menschen auf der Straße landen, dort erfrieren, während nebenan Büroräume leerstehen. Diese Verhältnisse fußen auf dem imperialistischen System der Ausbeutung und Unterdrückung. Wir dürfen uns als Klasse nicht vom Sozialchauvinismus der Politik spalten lassen und müssen gemeinsam gegen die Herrschaft der Bourgeoisie kämpfen, um das imperialistische System hinwegzufegen. Lasst uns kämpfen für eine klassenlose Gesellschaft, in der niemand mehr auf der Straße leben und erfrieren muss, weil wir Verhältnisse schaffen, in denen jedem ein Dach über dem Kopf zusteht - ganz egal was für einen Pass er besitzt. •

HIN UND HER STATT ARBEITSKAMPF

Ende letzten Jahres standen bei den Betrieben der Bremer Müllabfuhr Streiks im Raum. Die gelbe Gewerkschaft Verdi kündigte seit November 2018 Streiks an, da laufende Tarifverhandlungen mit den Führungsriegen des Müllunternehmens Abfalllogistik Bremen (ALB) keinerlei Fortschritt machten. Doch getan hat sich in Sachen Streik nach wie vor absolut nichts.

Seit Anfang Juli 2018 werden die Angelegenheiten rund um den Müll in Bremen neu organisiert. So sind seit vergangenem Sommer zwei private Unternehmen für die Müllabfuhr und die Straßenreinigung in Bremen verantwortlich. Zum einen die ALB (Abfalllogistik Bremen) und zum anderen die Straßenreinigung Bremen. An diesen beiden Firmen besitzt das Entsorgungsunternehmen Nehlsen jeweils 50,1 Prozent der Aktienanteile. Die restlichen 49,9 Prozent besitzt die Stadtreinigung Bremen, die in städtischer Hand ist. Das bedeutet also, dass Nehlsen das absolute Monopol hält, was die Müllentsorgung in Bremen betrifft.

Doch kommen wir wieder zum Arbeitskampf den die Gewerkschaft Verdi führte bzw. es eben gerade einfach sein lässt. Wie schon gesagt, „drohte“ die Verdi seit November vergangen Jahres damit zu streiken. Hauptsächlich Forderungen waren neben höheren Zahlungen bei Überstunden, mehr Urlaub und Sonderzahlungen. Vor allem Überstunden sind ein großes Problem für die Arbeiter bei der Müllabfuhr. Laut einem Kollegen, der bereits bei der Müllabfuhr gearbeitet hat, gilt in Sachen Arbeitszeiten „ab 10 Stunden geht der Tag erst richtig los“.



In der ersten und zweiten Tarifverhandlungsverhandlungsrunde kamen Vorstand und Gewerkschaft auf keinen grünen Zweig. Doch trotzdem wollte man die nächsten Runden noch einmal abwarten und hoffte offensichtlich darauf, dass die Geschäftsführung doch noch ein Angebot machen würde, welches man den Arbeitern zumindest als hinnehmbar verkaufen könnte. Also wieder kein Streik. Am 17. Dezember kam es dann zur vierten und letzten Verhandlungsrunde in der man sich auf einen Vorschlag der Geschäftsführung einigte.

In einem Einigungspapier werden die wesentlichen Punkte festgehalten:

- Anwendung der aktuellen Entgelttabelle des TVöD ab 01.01.2019, d.h. Erhöhung des Monatsentgelts in zwei Schritten:
 - ab 01.01.2019 mind. 2,89 %
 - ab 01.04.2019 mind. 2,81%
- Berücksichtigung der Beschäftigungsdauer bei den zum 01.07.2018 in die ALB übergegangenen Nehlsen-Mitarbeiter bei der Eingruppierung in die Entgeltstufe
- Jahressonderzahlung 70% eines Monatsentgeltes (vorher 60%)
- Überstundenzuschlag nach TVöD von 30 % ab der 40. Stunde
- Urlaub im 1. Beschäftigungsjahr 28 Tage, 2. Jahr 29 Tage, 3. Jahr 30 Tage
- Arbeitgeberzuschuss zur freiwilligen betrieblichen Altersversorgung, Erhöhung von 15% auf 50%.

Kein besonders pralles Angebot der Geschäftsführung. Selbst nur knapp über die Hälfte der organisierten Verdi Mitglieder stimmte für die Einigung, was nochmals zeigt, dass eigentlich mehr rauszuholen war. Mehr rauszuholen sein müsste. Doch nun ist erst einmal wieder Ruhe und der tatsächliche entschlossene Arbeitskampf der Arbeiter der ALB wurde mit minimalen Abspeisungen zurückgehalten. Stattdessen entschied die Verdi darüber wie es weitergeht. Die Arbeiter selbst wurden von diesem Prozess im Endeffekt vollkommen ausgeschlossen. Die gelben Gewerkschaften dienen in Fällen wie diesen sozusagen als Friedensrichter. Sie sollen den

Konflikt zwischen den Interessen der Arbeiter und den Interessen der Bonzen schlichten und die herrschenden Widersprüche zwischen ihnen befrieden. Immer zum Nachteil der Arbeiterklasse. Ihre angeblich so großen Erfolge, die sie wieder und wieder als hart erarbeitete Errungenschaften verkaufen sind, wenn wir ehrlich sind, lächerlich und ändern unsere Lage nicht großartig. Doch angeblich sind sie diejenigen, die die Interessen der Arbeiter in den Tarifverhandlungen vertreten. Aber auch dieser Fall beweist das Gegenteil. Sonst hätte es einen entschlossenen, kämpferischen Streik gegeben. Was die Gewerkschaft erreicht hat ist der Frieden im Betrieb, was auch der Geschäftsführer der Abfalllogistik Bremen zum Ausdruck brachte als er sagte: „Für unsere Mitarbeiter und den Betriebsfrieden war es wichtig, dass wir die nunmehr mehrere Wochen andauernden Verhandlungen zu einer Einigung führen.“ Für die Unternehmen ist es von großer Wichtigkeit das Ruhe im Betrieb herrscht, für die „Mitarbeiter“ hingegen nicht. Für die Arbeiter bleiben nun auch nur ein paar Krümelchen mehr vom großen Kuchen des Profits den die Unternehmen einsacken.



Innenminister Seehofer und Verdi-Chef Bsirske beim Handshake

Streiks bedeuten Einbußen und Verluste für die Konzerne. Sie sind das größte Druckmittel was wir Arbeiter auf die Bonzen in Tageskämpfen ausüben können. Ohne unsere Arbeit kein Profit! Die Gewerkschaften verhandeln trotzdem lieber und halten uns damit aktiv vom Kampf für unsere Interessen ab. Und wenn dann mal doch gestreikt wird lenken die Gewerkschaften des Deutschen

Gewerkschaftsbundes (DGB), wie die Verdi, den Streik in berechenbare Bahnen und führen ihn vollkommen zweckendfremdet. Die Bonzen bekommen z.B. die Möglichkeit Ersatzarbeitskräfte anzukarren und die Arbeiter zu ersetzen, weil Streiks mit den Unternehmen abgesprochen werden. So wird das ganze Gerede von Arbeitskämpfen zu einer Farce. Militanter Kampf um sein Recht zu erstreiten wird hingegen abgelehnt und verurteilt. Also können wir klar sehen, dass die Gewerkschaften mit der Arbeiterklasse und ihren Kämpfen absolut nichts am Hut haben. Und um nochmal konkret zu zeigen mit was für Leuten wir es Tatsächlich zu tun haben wenn wir von der Verdi reden, wollen wir einen Fall aus dem Jahr 2008 aufgreifen, der sogar in den bürgerlichen Medien breitgetreten wurde. Im Sommer des Jahres 2008 gab es viel öffentliche Kritik an Verdichef Frank Bsirske, da dieser während eines Streiks der Fluggesellschaft Lufthansa eine private First-Class-Flugreise mit einer Lufthansa Maschine nach Los Angeles unternahm. Solche Flugreisen stehen Frank Bsirske als Lufthansa Aufsichtsratsmitglied frei und das wollte er sich wohl auch während eines Streiks nicht nehmen lassen. Also ist Frank Bsirske als Verdichef und Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten großer Unternehmen klarer Profiteur dieses Systems und hat mit der Arbeiterklasse absolut nichts gemeinsam. Eine absolut absurde Geschichte rund um den Verdichef die Bsirkses Ignoranz gegenüber Streiks und Arbeitskämpfen zeigt und seinen Klassenstandpunkt und auch den seiner Gewerkschaft mehr als deutlich macht. Die gelben Gewerkschaften sind Teil dieses Systems, der Ausbeutung und Unterdrückung unserer Klasse, und sie verteidigen es mit jeder ihrer Handlung.

Uns muss klar sein auf wessen Seite die Arbeiterverräter der Gewerkschaften, der bürgerlichen Parteien oder Institutionen stehen. Wir dürfen uns ihren Illusion nicht hingeben und ihre Lügen nicht glauben. Wir müssen auf unsere eigene Kraft setzen und uns unsere eigene Organisation schaffen. Eine Organisation die tatsächlich unsere Interessen vertritt, die notwendigen Kämpfe wirklich führt und das Kompromisslos und entschlossen. Eine Organisation unter Führung der Kommunistischen Partei in diesem Land. •

BUSHIDO – STAATSFEIND NUMMER 1?

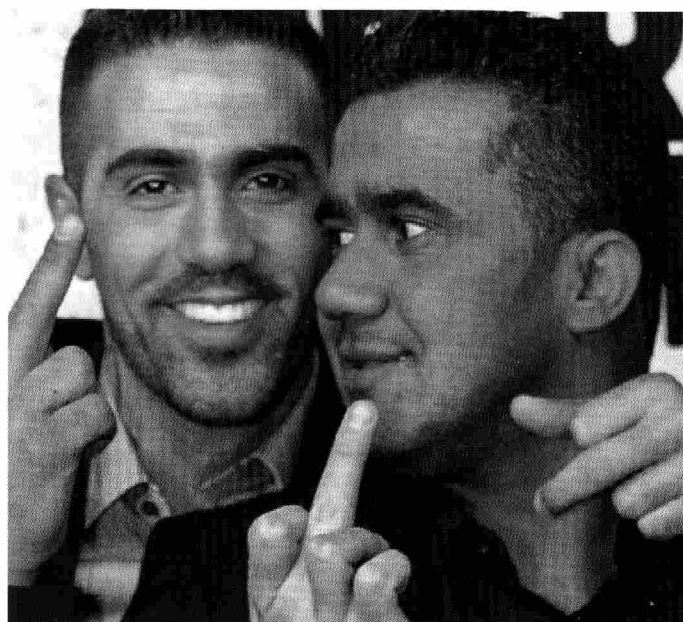
Im Moment ist Bushido wieder in aller Munde. Nicht weil er ein besonders krasses Album gemacht hätte oder mal wieder mit Schwulenwitzen Promo macht. Er steht im Fokus der Öffentlichkeit weil sein ehemaliger „Geschäftspartner“ Arafat Abou Chaker scheinbar einen Säureangriff auf Bushidos Frau und die Entführung seiner Kinder plante. Die ganze Geschichte wird auf unzähligen Plattformen ausgeschlachtet, irgendwo zwischen sensationsgeiler Faszination für die organisierte Kriminalität und krasser Überhöhung der Bedrohung durch „Arabische Familien-Clans“.

Mittlerweile sind sowohl Arafat Abou-Chaker, als auch dessen Bruder Yasser wieder auf freiem Fuß. Zwei Zeugen haben sich spontan entschlossen doch nicht auszusagen, was bei Prozessen gegen Clan-Mitglieder häufiger der Fall ist. Dass die Zeugen eingeschüchtert wurden ist mehr als nur eine vage Vermutung. Wahrscheinlich kamen Arafat und Yasser hauptsächlich aufgrund von Zeugenaussagen aus Bushidos Umfeld und Yassers Ehefrau überhaupt erst in Untersuchungshaft. Grund genug sich mit dem Hintergrund dieser verstrickten Geschichte zu befassen.

Die Vorgeschichte

Laut eigener Aussage suchte Bushido vor einigen Jahren den Kontakt zu Arafat Abou Chaker. Damals war er noch bei Aggro Berlin gesignt und wollte aber lieber beim Label Universal durchstarten. Dies war vertraglich wohl erst mal nicht so einfach möglich. Arafat und seine Verbindungen zur organisierten Kriminalität halfen Bushido in dieser Situation aus dem Vertrag raus zu kommen. Von da an verband Bushido und Arafat eine Geschäftsbeziehung und so etwas wie eine Freundschaft. Über mehrere Jahre organisierte Arafat für Bushido Konzerte, den Sicherheitsdienst und leistete ihm auch andere Gefälligkeiten. Dafür bekam er stellenweise bis zu 50% der Einnahmen Bushidos. Im Jahr 2013 wurde bekannt, dass er Arafat sogar eine Generalvollmacht gab. In der 2010 ausgestellten Vollmacht heißt es, der Bevollmächtigte dürfe fortan „jede Rechtshandlung (...) für mich und in meinem Namen mit rechtsverbindlicher Kraft vor(zu)nehmen“. Diese Vollmacht galt

sogar über Bushidos Tod hinaus. Auch von der öffentlichen Verbindung Bushidos mit dem Abou Chaker Clan profitierten beide. Bushido konnte sich als krasser Gangster inszenieren - mit waschechten Verbindungen zur Unterwelt. Arafat Abou Chaker konnte einen Mythos um sich und seine Familie aufbauen, der sie und ihre Lumpen-Geschäfte unter Jugendlichen populär machen sollte.



Bushido und Arafat

Einen ersten Dämpfer bekam das Ganze als Kay One mit Bushidos Label Ersguterjunge brach. Er wollte nicht länger Geld an Arafat abdrücken und ging zur Polizei. Die Empörung in der Rap-Szene war groß, ein paar Disstracks folgten und Kay One machte eine steile Karriere als DSDS-Juror und schmieriger Ballermann-Rapper. Bushido und diverse andere Rapper warfen ihm damals vor den „Ehrenkodex“ gebrochen zu haben, weil er mit der Polizei kooperierte. Jetzt ein paar Jahre später scheint Bushido den selben Schritt gemacht zu haben, wobei seine Frau wohl die entscheidende Kraft war. Ende 2018 trennte sich nämlich auch Bushido von Arafat. Allerdings erst nachdem seine Frau Anna-Maria zu Arafats älterem Bruder ging und den Gangstern drohte zur Polizei zu gehen. Für Bushidos Image ist das nicht besonders förderlich. In seinen Text spricht der Rapper gerne darüber wie er immer „seinen Mann steht“ und Kontrahenten glühende Kippen auf dem Rücken ausdrückt. Die jetzigen Enthüllungen sind

wohl etwas näher an der Wahrheit dran. Ein kleiner Feigling, der jedes mal zusammenzuckt wenn Arafats Name auf seinem Handy erscheint. Aber so ganz mit der organisierten Kriminalität brechen wollte er nicht. Deswegen haben er und seine Familie Schutz gesucht beim Rammo-Clan. Einer anderen Großfamilie aus Berlin. Und jetzt soll er sogar die verraten haben. Der ehemals bei seinem Label gesigte Capital Bra behauptet jedenfalls, Bushido solle intensiv mit der Polizei zusammenarbeiten und seine aktuellen Geschäftspartner, darunter Ashraf Rammo, verpfeifen haben. Soviel zur Loyalität und Zusammenhalt unter diesen „Ehrenmännern“.

Rebellion und Rap

Deutschrap ist schon lange nicht mehr „Untergrund“ oder „Straße“. Deutschrap steht am laufenden Band auf Platz 1 in den Charts, bricht Streaming-Rekorde und hat Millionen Fans auf Instagram. Deutschrap ist so sehr kommerzialisiert, dass er sogar eigene Klatschmagazine und Internetseiten wie Raptastisch, Rap Check oder Rap.de hat. Thema: Wer hat mit wem Beef, was meint Kollegah mit dieser Line und wer hat sich grade von wem getrennt. Ähnliches kennt man sonst aus Zeitschriften wie der „Gala“ oder der „Bunte“ wenn sie über „Stars“ und Adelige berichten. Und auch wenn wir uns im konkreten Bushido anschauen ist dieser harte Gangster viel damit beschäftigt Abmahnungen und Unterlassungsklagen von seinen Anwälten verschicken zu lassen, wegen GEMA-Gebühren und ähnlichem. Bushido ist mehrfacher Millionär, besitzt zahlreiche Immobilien und ist auch sonst eher das Gegenteil von dem was man „Straße“ nennen würde.

Ursprünglich als Sprachrohr der unterdrückten Schwarzen in den USA hat Hip Hop definitiv eine rebellische Tradition. Und die scheinbare Rebellion, die Rapper wie Bushido verkörpern ist es auch, die Rap in Deutschland so populär unter Jugendlichen macht. Rapper wie Bushido sprechen Teile der Probleme des Volkes an, besonders die der Migranten. Diskriminierung, Chancenlosigkeit, Armut und Gewalt. Die Antwort die sie darauf liefern ist allerdings nicht sich zu organisieren und gemeinsam gegen dieses System zu kämpfen. Stattdessen idealisieren sie den Weg in die Kriminalität als Weg aus dem Elend. Wenn man nur kaltblütig genug und krass wäre könne man es schaffen. Diese scheinbare Rebellion ist keine gegen den Staat auch wenn Bushido von sich selbst sagt er wäre der „Staatsfeind“

und gegen die Bullen rappt. Tatsächlich sind auch die Lumpenbanden mit denen Bushido gerne angibt das Gegenteil von rebellisch. Sie sind Kriminelle, die für ein bisschen Geld alle Ehre von der sie immer sprechen über den Haufen werfen. Und genau wie die Chefs der großen Konzerne machen sie ihre Profite auf dem Rücken der Massen. Sie erpressen kleine Gewerbetreibende wie Kiosk- und Cafébesitzer, verkaufen ihre scheiß Drogen an Jugendliche und richten sich in all ihrem Handeln gegen das Volk. Das alles damit sie reich werden, während das Elend in unseren Vierteln einfach weiter geht. Das ist nicht rebellisch, das ist durch und durch kleinbürgerlicher Individualismus. Und so groß kann der Gegensatz zum bürgerlichen Staat nicht sein. Zum einen weil Lumpen wie Bushido in aller Öffentlichkeit mit ihrer Kriminalität und ihren Verbindungen zu kriminellen Clans prahlen können und es dem bürgerlichen Staat völlig egal ist. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, setzt der bürgerliche Staat Lumpen doch oft genug für konterrevolutionäre Aktivitäten ein. Die zahlreichen Verstrickungen von Polizei, Geheimdienst und Kriminellen durch Korruption lassen wir hier mal außen vor. Zum anderen weil der Staat Bushido jetzt offensichtlich schützend zur Seite springt. Ganz im Gegensatz zu bspw. Antifaschisten und Revolutionären, die Morddrohungen von Faschisten erhalten.

Was ziehen wir nun daraus? Für uns als proletarische Revolutionäre gilt, dass wir uns bei allem Fragen müssen nützt es dem Proletariat und der sozialistischen Revolution oder schadet es dem Proletariat und der sozialistischen Revolution. Das gilt auch für die Frage der Kultur. Was unsere Klasse braucht, ist eine Kultur, die den gemeinsamen Kampf gegen dieses System propagiert. Eine Kultur, die Schluss macht mit der Idealisierung von reaktionärem, kleinbürgerlichen Verhalten und der ganzen imperialistischen Degeneration. Bushido ist ein Millionär, der mit dem bürgerlichen Staat und gegen die Massen steht. Die gewisse Popularität, die er genießt kommt vor allem davon, dass er sich rebellisch gibt. Aber jeder normale Arbeiter weiß was Leute wie er sind. Die Zukunft für die Arbeiterklasse und das Volk ist sozialistisch und leuchtend rot. Die Zukunft für die Lumpen ist das Ende ihres Parasitären Daseins am schaffenden Volk und der Zwang produktive Arbeit zu verrichten. Deswegen stehen diese Leute in der Regel auf der Seite der Konterrevolution. Deswegen stehen wir gegen diese Leute und ihre imperialistische Kultur. •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

